

Systemische Krise

Die gegenwärtige Krise ist nicht nur eine Finanzkrise, und es macht wenig Sinn nach Schuldigen zu suchen – denn die wahren Gründe liegen im System, in den Gesetzen und Regeln. Wir haben eine *systemische Krise* globalen Ausmaßes, mit finanziellen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten, die ihre tiefere Ursache vor allem in nicht ausgeglichenen nationalen Regelsetzungen hat. Die Akteure sind vielfach gezwungen oder verleitet, Falsches zu tun, weil das Richtige nicht über Gesetze eingefordert, sondern im Gegenteil – in dem System – bestraft wird. Auf dem globalen Markt haben wir derzeit keine zukunftstaugliche „Regelung der Konkurrenz“ sondern eine desaströse „Konkurrenz der Regeln“. Folglich lautet die grundsätzliche Lösungsstrategie: Es müssen gemeinsame ökologische und soziale Standards (inklusive Standards bei Steuer- und Sozialsystemen) über Regeln gesetzt und wirksam kontrolliert werden.

Instabilität schuldenbasierter Wirtschaft

Im Weltfinanzsystem ist das Problem hinter den Problemen eine gigantische „Geldblase“, eine immer höhere Schuldenbasierung von Wertschöpfung und Konsum: Die weltweiten Schulden betragen inzwischen das Vierfache des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP), also der Gesamtsumme aller real erwirtschafteten Einkommen und Gewinne pro Jahr. Dabei stehen der Basis des Geldsystems, dem alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel Zentralbankgeld, „verbrieft Geldansprüche“ (das sind Schuldverschreibungen aller möglicher Art) im Verhältnis von 2:107 gegenüber. Das ist eine Situation höchster Instabilität, die unweigerlich zur Krise führt, wenn die Bereitschaft, bloße *Geldansprüche* als *Vermögenswerte* zu halten, sinkt.

Das ist wie bei dem Spiel „Reise nach Jerusalem“: Solange die Musik spielt, laufen die Spieler fröhlich um die Stühle. Wenn die Musik aufhört, muss der, der keinen Stuhl erwischt, ein Pfand abgeben.

Bei dem „Spiel der Spiele“ im Weltfinanzsystem laufen 107 Spieler (unter ihnen wenige sehr große Institutionelle Anleger), um gerade einmal zwei Stühle. Aktuell geht die Bereitschaft, *Geldansprüche* statt „reale“ Werte (Zentralbankgeld oder Sachvermögen) zu halten, gegen Null: Die Musik hört auf zu spielen.

Gerade Institutionelle Anleger und ihre Finanzinstitute horten Geld mit hoher Liquidität, das dann anderen fehlt. Verunsichert, welche Geldversprechen jetzt noch sicher sind, nehmen sie „Stühle“ (Zentralbankgeld) aus dem Spiel. Statt die reale Wirtschaft mit Krediten zu versorgen, wird versucht, mit dem gehorteten Geld attraktive reale Sachwerte zu kaufen. Man wartet auf die „Pfänder“ der Verlierer, die sich wegen fehlender Kredite zu „Notverkäufen“ unter Wert gezwungen sehen. Eine Abwärtsspirale setzt ein, bei der Finanzvermögen gegen reales Sachvermögen getauscht wird, das sich bei den wenigen Gewinnern sammelt. Verlierer sind insbesondere der Mittelstand und die Besitzer von „Geldansprüchen“. **Die Welt droht sozial auseinander zu fallen, wie vor 80 Jahren – damals waren die Folgen Faschismus und ein verheerender Krieg.**

Verschuldungsursachen

Zur Entwicklung der „Schuldenblase“ haben folgende Faktoren beigetragen: Konkurrenz der Finanz-, Steuer- und Sozialsysteme der Staaten um Wertschöpfung durch Finanz- und Wirtschaftsakteure, die ihre verschiedenen Aktivitäten dorthin verlegen, wo die gesetzlichen Rahmenbedingungen für sie am günstigsten sind und die dabei trickreich Unterschiede dieser Bedingungen ausnutzen. Die deregulierten Spielregeln der Finanzwelt lassen Geldschöpfung aus dem Nichts und aus der Zukunft zu - verstärkt durch das Prinzip „gehebelter Investitionen“. Risiken konnten in „innovativen“ Finanzprodukten versteckt und so ausgelagert werden. Konjunktur, Gewinne und Steuereinnahmen wuchsen „auf Pump“ und „auf Risiko“.

Gesellschaftliche Auswirkungen schuldenbasierter Wirtschaft - keine Rettung ohne faire Staatseinnahmen

„Brände müssen gelöscht werden und anschließend müssen die Brandstifter gehindert werden, so etwas wieder zu machen“ – so erläutert Bundesfinanzminister Steinbrück die

bisherigen Rettungsmaßnahmen der Regierung – richtig, aber unzureichend. Denn woher kommt das „Löschwasser“, das Geld? Der hochverschuldete Staat kann es sich nur von den „Brandstiftern“ holen. Ohne grundsätzliche Verbesserung der Einnahmeseite der Staaten werden die neuen Staatsschulden, die Geldblase würde dadurch noch mehr wachsen. Sparen geht dann – wie vor der Krise - auf Kosten der Infrastruktur des Gemeinwesens, auf Kosten von Bildung, Innovation und Forschung, auf Kosten sozialen Friedens, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit – Folgen, die *jetzt* auf der Tagesordnung stehen. **Alle diese Probleme hängen miteinander zusammen und können nur zusammen gelöst werden.** Dafür wird ein global anzugehender 7-Punkte-Plan vorgeschlagen für fairen Wettbewerb, faire Teilhabe, Verteilung und Wohlstand in Breite, für eine friedensfähige Zukunft:

7-Punkte-Plan

1. **Umweltstandards:** Durch Begrenzung und Handel von Emissionsrechten im Kyoto-Folgeprozess mittelfristig Einführung gleicher Pro-Kopf- Emissionsrechte.
2. **Sozialstandards:** In einem derzeit fehlenden dazu analogen Prozess sollten die in der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) bereits verabredeten Kernstandards (z.B. Verbot von Kinderarbeit) weiter entwickelt werden.
3. **Markt:** Das Verhindern weltweiter Rezession und Depression muss jetzt mehr als ein beliebiges Konjunkturförderprogramm auf Pump sein! Öffentliche Investitionen sollten Teil eines Implementierungsprozesses weltweiter gemeinsamer Umwelt- und Sozialstandards (sowie deren institutioneller Voraussetzungen) sein und gezielt dem Umsteuern auf soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit dienen (Global New Deal). Die entsprechenden Standards müssten als **Verfahrensstandards in der WTO** für verbindlich erklärt werden, um die Einhaltung sicherzustellen. Erst dann wird es kein Umwelt- und Sozialdumping zur Profitmaximierung mehr geben. Der globale Markt ist ein Ökosozialer Markt.
4. **Verfahren:** Wie in der EU die schwächeren Mitglieder/Regionen bei der Implementierung des Gemeinschaftsrechts durch Co-Finanzierung aus Strukturfonds unterstützt werden, sollte die Implementierung verabredeter, ggf. vom Entwicklungsstand abhängiger Standards, für den Global New Deal co-finanziert werden (Global Marshall Plan Prinzip).
5. **Finanzierung:** Die Mittel zur Co-Finanzierung sind aus der Reform der Finanz- und Steuersysteme im Rahmen eines „Bretton Woods II-Abkommens“ zu gewinnen, das aber nicht nur auf das Finanzsegment beschränkt sein darf. Auch die Steuersysteme müssen angeglichen werden, um Steuerumgehungen global wirkungsvoll zu unterbinden.
6. **Balance:** Weitere Finanzierungsquellen könnten gleichzeitig zu notwendigen **Ausgleichsprozessen** beitragen: Besteuerung globaler Transaktionen - Transport, Handel und Finanzströme - und eine Art Mehrwertsteuer auf alle Finanzprodukte (**Mehrgeldsteuer, Leverage Money Tax**). – Sie kann so gestaltet werden, dass gerade die größten Profiteure wieder einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Grundlagen für Wertschöpfung und Wohlstand leisten, und sie begrenzt wirksam die spekulativen Hebelgeschäfte. Dies macht die „Super-Bubble“ – die Geldblase – beherrschbar.
7. **Geldsystem:** Kurzfristig kann der Liquiditätsengpass - Treiber des Übergriffs der Finanzkrise auf die Realwirtschaft – behoben werden, wenn das „Horten“ von Zahlungsmitteln bei den Finanzmarktakteuren durch Vorgabe einer **Maximalreserve** begrenzt und die so freiwerdende „Überschussliquidität“ durch einen **Liquiditätssicherungs-Fonds** wieder „frei“ wird.

Die Krise als Chance

Wir befinden uns in einer nahe-chaotischen Situation, einem Tipping Point, in dem die zukünftige Entwicklungsrichtung festgelegt werden *kann* und *wird* - so oder so. Mit bereits *vorhandenen* (G20, WTO, IWF, UN-Organen) und *wenigen neuen* Institutionen (Welt-Strukturfonds, Liquiditätssicherungs-Fonds) können bereits *getroffene* Verabredungen (Millenniumsziele, Kyoto-Protokoll, ILO-Standards) weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Ausführliche Originaltexte s. www.faw-neu-ulm.de, Tel. Dr. Solte 0731/5039200.